

## INHALT

1. Missbilligungsantrag der CDU-Fraktion gegen Bildungsministerin zeigt Wirkung
2. CDU will Hürden für personalpolitische Alleingänge erhöhen
3. CDU betont Unverzichtbarkeit der Förderzentren
4. Rechenricks bringen Landesregierung bis 2020 über zwei Milliarden Ausgabenspielraum
5. Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse soll endlich erleichtert werden
6. CDU fordert Konzept zur Einzelbetrieblichen Förderung

10.04.2014

### **Missbilligungsantrag der CDU-Fraktion gegen Bildungsministerin zeigt Wirkung Am Ende hat Wende sich vor dem Landtag für ihre Aussage zu Förderzentren entschuldigt**

Heute beriet der Landtag über den Missbilligungsantrag gegen folgende Aussage von Bildungsministerin Professor Wende aus der vergangenen Plenardebatte. «Die Sonderschule, auch wenn sie euphemistisch als Förderzentrum bezeichnet wird, reduziert Teilhabechancen. Sie - die Sonderschulen beziehungsweise die Förderzentren - gelten in der öffentlichen wie in der wissenschaftlichen Diskussion als Einrichtungen mit kränkenden, belastenden, beschämenden, erniedrigenden Wirkungen, mit Stigmatisierungen.»

„Frau Ministerin, Sie haben in den vergangenen Tagen versucht, diese Aussage als Missverständnis abzutun. Dabei ist das eine ganz klare Aussage gewesen, die Sie sich zu eigen gemacht haben“, begründete CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen den Antrag ihrer Fraktion.

Was Wende damit angerichtet habe, zeigten die vielen Reaktionen von Lehrkräften, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern. „Alle waren entsetzt darüber, wie Sie unsere Förderzentren und die dort arbeitenden Lehrkräfte diffamiert haben. Diese ganze Empörung ist an Ihnen abgeprallt. Bis heute hat es kein Wort der Entschuldigung oder des Bedauerns gegeben. Die Eltern der Kinder und die Lehrkräfte merken an Ihrem Handeln, dass diese Thesen Ihre Meinung sind, sie bestimmen Ihre Politik“, so Franzen.

Auch Redner der FDP und der Piraten forderten ein deutliche Entschuldigung. Wende sagte zunächst: «Ich bedaure die Schärfe meines Satzes und ich bedaure, dass diese Schärfe für manche missverständlich war.»

Nachdem CDU und FDP dieses «Bedauern» als unzureichend bezeichneten, ergriff Wende nach intensiven Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten erneut das Wort und ergänzte: «Ich entschuldige mich, es tut mir leid, ich bedaure, dass ich einen Satz verwendet habe, den Menschen missverstanden haben.»

Daraufhin sagte CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen: «Wir nehmen Ihre Entschuldigung mit Respekt zur Kenntnis». Der Missbilligungsantrag hatte damit seine Erledigung gefunden.

Zur Rede von Heike Franzen:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2014-04/10/10-36-20-0b55/>



Bildungsexpertin Heike Franzen, MdL

---

## **CDU will Hürden für personalpolitische Alleingänge erhöhen** **Parlamentarischer Streit um Wahl der Landesbeauftragten**



Fraktionschef Johannes Callsen, MdL

Nachdem der im Bewerbungsverfahren ausgewählte Kandidat für die Leitung der Landeszentrale für Politische Bildung abgesprungen ist, will die Regierungskoalition eine Änderung des entsprechenden Gesetzes vornehmen. Künftig soll anstelle eines leitenden Angestellten ein Landesbeauftragter an der Spitze der Bildungseinrichtung stehen. Damit soll offenkundig der noch im Rennen verbliebene Kandidat verhindert werden. Die CDU und die anderen Oppositionsfraktionen lehnten – auch vor diesem Hintergrund - die Schaffung eines

neuen Landesbeauftragten ab.

Der erneute Alleingang der Regierungskoalition in einer Personalangelegenheit hatte bei der Opposition bereits vor der heutigen Landtagsitzung einen Sturm der Kritik am parlamentarischen Stil von SPD, GRÜNE und SSW ausgelöst.

In seinem heutigen Debattenbeitrag kritisierte Oppositionsführer Johannes Callsen die Regierungsfractionen dafür scharf: „Das ist Personalpolitik nach parteipolitischer Gutsherrenart. Sie verwechseln Beauftragte des gesamten Landtages mit Kabinettsposten. Das ist des Schleswig-Holsteinischen Landtages unwürdig! Sie setzen eiskalt Ihre eigenen Personalinteressen durch. Sie missbrauchen den Landtag für Ihre personelle Lobbyarbeit!“

Um sicherzustellen, dass Beauftragtenposten des Landtages künftig nicht mehr wie Regierungsposten vergeben werden, drängt die CDU-Fraktion auf eine Anhebung der Wahlvoraussetzungen: Künftig soll eine Zwei-Drittel-Mehrheit für die Wahl aller Landesbeauftragten nötig sein. Dies stieß bei den Koalitionsfraktionen jedoch auf wenig Begeisterung. Sie hatten noch vor der heutigen ersten Lesung angekündigt, die Gesetzesänderung nicht mitzutragen. In den kommenden Monaten wird sich nun der Innen- und Rechtsausschuss mit den beiden konträren Gesetzesinitiativen befassen.

CDU-Entwurf zur „Änderung gesetzlicher Vorschriften über die Wahlen von Landesbeauftragten“

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1700/drucksache-18-1764.pdf>

Pressemitteilungen von Johannes Callsen zum CDU-Antrag:

[http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-04-10\\_Pressemeldung\\_4270.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-04-10_Pressemeldung_4270.pdf)

Pressemitteilungen von Johannes Callsen zur Einrichtung eines neuen Landesbeauftragten:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-04-10\\_Johannes\\_Callsen\\_4275.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-04-10_Johannes_Callsen_4275.html)

---

## **CDU betont Unverzichtbarkeit der Förderzentren** **Debatte über den richtigen Weg zur Inklusion**

Auf Antrag der FDP-Fraktion debattierte der Landtag heute über den Erhalt der Förderzentren. Die CDU-Fraktion hatte frühzeitig ihre Unterstützung des Antrages zugesagt. Hintergrund ist neben der umstrittenen Aussage von Ministerin Wende deren vorgenommene Neuberechnung der Lehrerstellen an Förderzentren. Diese hat dazu geführt, dass mittlerweile aufgrund von Lehrermangel Erzieherinnen und Erzieher den Unterricht leisten müssen. „Das war definitiv falsch und muss zurückgenommen werden. Sie verweigern ausgerechnet Kindern mit geistiger Behinderung den Unterricht“, sagte CDU-Bildungspolitikerin Heike Franzen dazu.

Es sei deshalb dringend notwendig, dass sich der Landtag zu der guten Arbeit der Förderzentren in Schleswig-Holstein bekenne. Mit der Umsetzung der Inklusion werde die Vielfalt in unserer Gesellschaft anerkannt. Gleichzeitig müsse jedoch auch akzeptiert werden, dass genau diese Vielfalt bei der Förderung aller Kinder - unabhängig davon, ob sie eine Behinderung mitbringen oder nicht - berücksichtigt werden müsse. Daher könne es nicht nur den „einen Weg“ der Inklusion geben. „Unsere Förderzentren leisten dabei einen guten Beitrag. Sie eröffnen Kindern, die einen besonderen Bedarf im Rahmen der Beschulung und Erziehung benötigen, den Weg zur Teilhabe in der Gesellschaft“, so Franzen.

Die CDU-Bildungspolitikerin warnte vor der reinen Umsetzung ideologischer Theorien zur Inklusion. Diese führe dazu, dass Inklusion als Belastung empfunden werde. Franzen forderte die Ministerin auf, sich von „Experten in eigener Sache“, den Menschen mit Behinderung und

deren Landesbeauftragten, dabei beraten zu lassen. Letzterer hatte gegenüber Medien geäußert, die Ministerin sehe ihn in Fragen der Inklusion nicht als Ratgeber.

Als bemerkenswert bewertete Franzen eine kurzfristig eingebrachte Resolution der Regierungsfractionen, die neben dem Erhalt der Förderzentren auch deren angemessene Beteiligung an der Erarbeitung des Inklusionskonzeptes fordert. „Wir wären zwar im Traum nicht darauf gekommen, dass eine derartige Selbstverständlichkeit gefordert werden muss. Aber wenn die Koalitionsfractionen es für notwendig halten, werden wir uns dem natürlich nicht verweigern“, so Franzen.

Antrag der FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1700/drucksache-18-1731.pdf>

Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1700/drucksache-18-1791.pdf>

---

## Rechentricks bringen Landesregierung bis 2020 über zwei Milliarden Ausgabenspielraum CDU warnt vor Aufweichung der Schuldenbremse



Finanzexperte Tobias Koch, MdL

Das Thema hört sich sperrig an: „Methodik und Festlegung des Trendsteuerpfades“. Was sich dahinter verbirgt, erklärte CDU-Finanzexperte Tobias Koch heute im Landtag: „Mit der aktuellen Finanzplanung setzt Finanzministerin Heinold die strukturellen Steuereinnahmen für den Zeitraum 2015 bis 2020 um mehr als zwei Milliarden Euro höher an.“ Koch wies in seiner Rede (Link siehe unten) verschiedene Rechentricks nach, die zu diesem Ergebnis geführt hätten.

Mit ihrer Vorgehensweise höhle die Ministerin die Schuldenbremse aus. Denn in konjunkturell schlechten Zeiten ermöglichten sie unter den Vorgaben der Schuldenbremse zusätzliche Kreditaufnahmen.

Koch wies darauf hin, dass SPD und Grüne die Schuldenbremse bereits bei ihrer Einführung in Frage gestellt hätten.

„Dass diese Koalition deshalb keine wirkliche Haushaltskonsolidierung betreibt, sondern lieber zu derartigen Rechentricks greift, ist die logische Konsequenz dieser Einstellung“, so Koch abschließend.

Link zur Pressemitteilung:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-04-10\\_Tobias\\_Koch\\_4277.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-04-10_Tobias_Koch_4277.html)

---

## **Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse soll endlich erleichtert werden Auch Asylbewerber sollen Chancen auf deutschen Arbeitsmarkt bekommen**

Das Problem des Fachkräftemangels ist allgemein bekannt. Hinzu kommt der demografische Wandel. Um diesen zwei wirtschaftspolitischen Problemen entgegenzutreten, wurde im Schleswig-Holsteinischen Landtag heute ein Gesetz beschlossen, das die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtert und so Zuwanderern den Weg in den deutschen Arbeitsmarkt ebnet.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hartmut Hamerich, zeigte sich erfreut: „Es ist gut, dass nach fast zwei Jahren endlich das Anerkennungsgesetz kommt. Es steht für einen Paradigmenwechsel. Das Gesetz setzt ein Zeichen der Anerkennung im Sinne von Respekt und Wertschätzung für Inhaber ausländischer Berufsabschlüsse. Es hilft aber auch unmittelbar den Unternehmen, die dringend auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen sind.“

Das Gesetz gehe noch auf einen Entwurf aus Zeiten der schwarz-gelben Koalition zurück. Deshalb sei es aus Sicht der CDU unverständlich, warum das gesamte Verfahren trotz grundsätzlichen Konsenses aller Fraktionen so lange gedauert habe.

Durch einen Antrag der FDP-Fraktion stand noch ein weiteres arbeitsmarktpolitisches Thema auf der Agenda. Ziel des Antrages war, gut ausgebildeten Asylbewerbern bessere Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt einzuräumen.

Astrid Damerow, integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, wies auf die Pläne der großen Koalition in Berlin hin, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern bereits nach drei Monaten eine Arbeitsaufnahme zu ermöglichen. Dies sei der richtige Weg zur Integration. Und es sei auch im Hinblick auf benötigte Fachkräfte der richtige Weg.

„Den Vorschlag der FDP, sich während des laufenden Asylverfahrens auch um andere Aufenthaltstitel bewerben zu können, sehe ich kritisch. Mehrere parallel laufende Verfahren führen zu einem sehr hohen Verwaltungsaufwand. Außerdem droht eine ungleiche Behandlung der Asylbewerber. Ich halte für viel wichtiger, die Bearbeitungszeiten in den Asylverfahren zu verkürzen.“

Link zum Antrag der FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1700/drucksache-18-1732.pdf>

---

## **CDU fordert Konzept zur Einzelbetrieblichen Förderung Landesregierung verteilt Finanzzusagen nach Gutdünken**

Im Koalitionsvertrag haben sich SPD, GRÜNE und SSW darauf verständigt, die einzelbetriebliche Förderung gänzlich abzuschaffen. Diese Ankündigung hatte nach Bekanntwerden im Frühsommer 2012 nicht nur in der CDU-Fraktion erhebliche Kritik ausgelöst. Knapp zwei Jahre nach Inkrafttreten des rot-grün-blauen Regierungsfahrplans scheint die Koalition sich jetzt offenbar selbst von ihrer Vereinbarung distanziert zu haben. So erscheinen fast wöchentlich Pressemitteilungen über Firmenbesuche des Ministers oder der Staatssekretäre, in denen sie schleswig-holsteinischen Firmen Finanzzusagen überbringen.

Dies nahm die CDU-Fraktion heute im Landtag zum Anlass, konkret nachzufragen und von der Landesregierung zugleich ein Konzept für eine Einzelbetriebliche Investitionsförderung zu fordern.

Das Beispiel Friedrichskoog zeige, wie wichtig es sei, die Instrumente für regionale Wirtschaftsförderung voll auszunutzen. „Das kann der Staat nicht allein; er braucht die Hilfe und auch den Mut zum Risiko der Privatwirtschaft. Deshalb ist die Einzelbetriebliche Förderung in Schleswig-Holstein zwingend erforderlich, um die Wirtschaft voranzubringen, um ihr zu helfen sich den modernen Anforderungen zu stellen und um die Arbeitsplätze gerade in den benachteiligten Regionen unseres Landes zu sichern“, erklärte der CDU-Politiker Volker Dornquast in seinem Redebeitrag.

Die Anträge von CDU und FDP wurden abgelehnt.

CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1700/drucksache-18-1723.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)